



Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU- DSGVO) im Zusammenhang mit dem Bieterverfahren zum Erwerb der Grundstücke im Baugebiet Wenzensrod II.

Inhalt

1. Allgemeine Information	2
2. Verantwortlicher und Ansprechpartner	2
3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	2
4. Art der personenbezogenen Daten	3
5. Kategorien von Empfängern	3
6. Weitergabe Ihrer Daten an Dritte	3
7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten	3
8. Datenschutzrechte	4
Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO	4
Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO	4
Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO	4
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO	4
Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO	4
Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO	5



1. Allgemeine Information

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Wir verarbeiten Ihre Daten in Übereinstimmung mit den anwendbaren Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten, insbesondere der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DS-GVO) und den für uns geltenden landesspezifischen Ausführungsgesetzen.

Mithilfe dieser Datenschutz-Hinweise informieren wir Sie umfassend über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen zustehenden Rechte im Zusammenhang mit Ihrer papierlosen Beantragung eines Wahl-/Abstimmungsscheins.

2. Verantwortlicher und Ansprechpartner

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist:

Gemeinde Messel
Kohlweg 15
64409 Messel

Tel: +49 6159 715711
E-Mail: info@messel.de

Ansprechpartner für Belange des Datenschutzes ist der Datenschutzbeauftragte der Gemeinde Messel:

Gemeinde Messel
Datenschutzbeauftragter
Herr Schmidt
Kohlweg 15
64409 Messel

Telefon: 0 61 59 / 7157-0
E-Mail: datenschutz@messel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Gemäß Beschluss der Gemeindevertretung vom 09.05.2022 werden die Grundstücke gemäß Bebauungsplan auf dem Wentzenrod II (Inkrafttretung am 05.05.2021) in einem Bieterverfahren vergeben.

Für die Entwicklung hin zu einem Grundstückskaufvertrags müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden. Bei diesen personenbezogenen Daten handelt es sich um Informationen, die von uns benötigt werden, um das Bieterverfahren und den Abschluss eines Vertrages zu



ermöglichen. Bestimmte gekennzeichnete Angaben sind verpflichtend anzugeben, um das von Ihnen abgegebene Angebot bearbeiten zu können.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 b) DSGVO. Die Daten sind für die Erfüllung eines Vertrags bzw. zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich.

Dazu gehört auch

- die Korrespondenz
- die Zuordnung des Bewerbers im Verfahren
- die Benachrichtigung am Ende des Verfahrens

Wir ermöglichen den Stellen den Zugriff auf die persönlichen Daten, die diese zur Erfüllung der beschriebenen Zwecke benötigen. Das gilt auch für beteiligte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen werden durch Auftragsverarbeitungsverträge nach Artikel 28 DSGVO auf die Einhaltung des Datenschutzstandards verpflichtet, sofern sie nicht durch andere gesetzliche Bestimmungen bereits dazu verpflichtet sind.

4. Art der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- Anrede, Vorname, Name, Geburtsdatum, Adresse, Email-Adresse
- Gebot

Die personenbezogenen Daten erheben wir in der Regel bei den Betroffenen selbst.

5. Kategorien von Empfängern

Als Empfänger Ihrer Daten gelten von uns zur Verarbeitung Ihrer Daten herangezogene Auftragsverarbeiter aus dem europäischen Raum. Hierbei ist durch technische und organisatorische Maßnahmen, rechtliche Grundlagen und den Abschluss von Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung oder Geheimhaltungsvereinbarungen, die Einhaltung des Datenschutzes sichergestellt.

6. Weitergabe Ihrer Daten an Dritte

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.

7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden spätestens 2 Monate nach Auflassung des letzten Grundstücks, für das eine Bewerbung erfolgte, gelöscht.



8. Datenschutzrechte

Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) steht jeder betroffenen Person in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Widerspruch zu, sofern nicht andere Gesetze dem Entgegenstehen.

Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen.

In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist.

Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).



Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die EU-DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163
65021 Wiesbaden
Telefon: 0611/1408-0

E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de

